

## Holodomor

### Stalins Genozid in der Ukraine 1932–1933 in Berichten der Deutschen Botschaft Moskau und des Generalkonsulats Charkow<sup>1</sup>

Otto Wenzel

Als Holodomor (Hungertod) wird heute in der Ukraine die Hungersnot in den Jahren 1932 bis 1933 bezeichnet, die ein von Stalin gewollter Genozid war. Im folgenden Aufsatz wird untersucht, ob die Deutsche Botschaft in Moskau, das Generalkonsulat in Charkow und die Konsulate in Kiew und Odessa die Dimensionen dieses Verbrechens – im Jahr 1933 sind dort nach neuesten Berechnungen drei bis dreieinhalb Millionen Menschen verhungert<sup>2</sup> – erkannt und wie sie darüber dem Auswärtigen Amt (AA) berichtet haben.

#### *Die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft*

Am 21. März 1930 legte Legationssekretär Bräutigam<sup>3</sup> dem Botschaftsrat Dr. von Twardowsky<sup>4</sup> die kenntnisreiche siebzehnseitige Aufzeichnung „Über die Anweisung des ZK der Partei betreffend eine Milderung der Kollektivierungsmethoden“ vor, die von diesem und Botschafter Dirksen abgezeichnet wurde.<sup>5</sup> Bräutigam setzt sich darin mit Stalins Zeitungsartikel „Schwindelig vom Erfolg“ vom 2. März 1930<sup>6</sup> auseinander. Er schreibt: „Die ganze Aktion mit ihren unmenschlichen Grausamkeiten (Ausplünderung der ‚Kulaken‘, Vertreibung von Haus und Hof und das Verbot, sie zu beherbergen) hat sich vor den Augen der Parteileitung vollzogen, die sich von der Verantwortung für diese Greuel nicht freimachen kann. Ja, da die örtlichen Organe nicht rücksichtslos genug waren, wurden eigens zur Durchführung dieser Politik 25 000 Arbeiter in Form sogenannter Stoßbrigaden auf das Land losgelassen [. . .].“ Schon im Winter 1927/28 griff man zu „außerordentlichen Maßnahmen“, mit denen man in die Substanz der bäuerlichen Wirtschaft eingriff, selbst das Saatgut wurde nicht geschont. Als man nach der Ernte 1928 die Ablieferung des Getreides erzwang, setzte man den „Kampf gegen die unfriedenen Elemente, die man ‚Kulaken‘ nannte, fort [. . .]“. Das Getreide wurde jedoch nicht nur diesen, sondern auch den armen und den Mittelbauern<sup>7</sup> weggenommen. Da das System der kleinbäuerlichen Wirtschaft bei Getreidezwangspreisen, die bei 60 bis

1 Der Verfasser dankt Herrn Dr. Gerhard Keiper vom Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes für hilfreiche Anregungen.

2 Mark, Rudolf/Simon, Gerhard: Die Hungersnot in der Ukraine und anderen Teilen der Sowjetunion 1932 und 1933. In: Osteuropa. 54. Jahrgang, Heft 12, Dezember 2004, S. 9.

3 Bräutigam war ein ausgewiesener Ostexperte, der seit 1923 als Vizekonsul am Generalkonsulat Tiflis und seit 1924 am Generalkonsulat Charkow tätig war. 1928 kam er als Legationssekretär zur Deutschen Botschaft Moskau, wo er Referent der Abteilung Politik und der Presseabteilung wurde. Vgl. Biographisches Handbuch des deutschen Auswärtigen Dienstes 1871–1945, Bd. 1. Paderborn u. a. 2000, S. 248 ff.

4 Das Adelsprädikat wird nur bei der ersten Nennung des Namens einer Person angegeben.

5 PAAA. Botschaft Moskau 67. Innenpolitische Verhältnisse in der UdSSR. Bd. III. Dez. 1924 – Aug. 1930, S. 1. Die in diesem Aufsatz zitierten unveröffentlichten Akten des AA sind – wenn nicht anders angegeben – nicht paginiert. Schreiben, die mehr als eine Seite haben, sind numeriert.

6 Conquest, Robert: Ernte des Todes. Stalins Holocaust in der Ukraine 1929–1933. Berlin 1990, S. 199.

7 Die im Schriftwechsel der Botschaft verwendete Bezeichnung *Armbauern* wird hier durch *arme Bauern* ersetzt.

80 Prozent unter dem Industriepreisindex lagen, nicht zu halten war<sup>8</sup>, fand Stalin in der beschleunigten Kollektivierung einen Ausweg. Hier hoffte er, moderne landwirtschaftliche Maschinen, vor allem Traktoren, rentabel verwenden und den Bodenertrag erheblich steigern zu können. Aber diese Idee wurde Hals über Kopf in die Tat umgesetzt, was auf den „verzweifelten Widerstand der breiten, individuell eingestellten Bauernmassen“ stieß. Dieser wurde dadurch gebrochen, daß man sie führerlos machte. Selbst wo kein Widerstand geleistet wurde, ging man gegen die „Kulaken“ vor. Es wurden genaue Vorschriften darüber erlassen, wieviel Prozent der Bauern als „Kulaken“ zu erklären seien. Dorfsowjets und Parteiorganisationen, die behaupteten, in ihrem Bezirk gebe es keine „Kulaken“, wurden gemaßregelt.<sup>9</sup>

Durch die Politik der „Vernichtung der Kulaken als Klasse“ wollte man „1. die Bauernschaft ihrer geistigen Führer berauben, daher später Verschickung nach Sachalin und in den hohen Norden; 2. ohne Bezahlung möglichst große Getreidemengen in die Hand bekommen [...] und 3. Inventar und Saatgut für die neuen Kollektivwirtschaften gleichfalls gratis erlangen“. In sie durften keine „Kulaken“ aufgenommen werden, wodurch diesen jede Existenzmöglichkeit genommen wurde. Das Getreide wurde auf dem Weg der Umlage auf die einzelnen Gebiete, Bezirke und Dörfer eingetrieben. Gleichzeitig mit der Eintreibungskampagne wurde der freie Handel mit Agrarprodukten nach Möglichkeit unterbunden.<sup>10</sup>

Bräutigam schreibt, daß der Kampf um die Kollektivierung begleitet war von einem verschärften Kampf gegen die „Kulaken“, gegen den Privathandel und die Kirche. Anlaß der Sorge vieler leitender Funktionäre der Partei war, daß im Herbst 1928 eine Rechtsopposition aus der Erde schoß, die sogar die untersten Parteizellen ergriff. „Die Gefahr war groß für Stalin, aber rücksichtslos griff er durch. Durch eine alle Partei-, Regierungs- und Wirtschaftsorganisationen umfassende ‚Säuberung‘ entledigte er sich der unzufriedenen Elemente, ja er schreckte vor der Maßregelung des Präsidenten der Komintern, des Präsidenten des Zentralrates der Gewerkschaften und des Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare<sup>11</sup> nicht zurück. [...] Er geht noch weiter. Mit eisernem Besen werden selbst die ‚Neutralen‘ hinweggefegt, Wissenschaftler, Ärzte, Juristen, Ingenieure und Techniker, soweit sie nur verdächtig sind, nicht unbedingt zum Parteikurs zu stehen.“<sup>12</sup>

Es wäre zweckmäßig gewesen, vor Beginn der Kollektivierungskampagne ein Normalstatut für die Kolchosen auszuarbeiten, damit die örtlichen Organe eine Richtschnur für ihr Handeln gehabt hätten. Statt dessen wurde das Statut erst zusammen mit dem Artikel Stalins veröffentlicht, „in dem er sich über die Übergriffe und Verzerrungen der Klassenlinie lustig macht“. Heute werde die Kollektivierung von Geflügel lächerlich gemacht,

8 Bräutigam konnte nicht wissen, daß die „kleinbäuerliche Wirtschaft“ immer noch rentabler war als das Kolchosystem. Die hohe Produktivität des winzigen Hoflandes (ein viertel bis ein halber Hektar) der Kolchosbauern bewies das bis zum Ende des Sowjetsystems. Im Jahre 1962 umfaßten die privaten Hoflandwirtschaften, die von Kolchosbauern und Landarbeitern der Sowchosen betrieben wurden, nur drei Prozent der gesamten Anbaufläche. Ihr Anteil an der landwirtschaftlichen Produktion betrug bei Fleisch 44 Prozent, Milch 45 Prozent, Eiern 76 Prozent, Kartoffeln 70 Prozent, Gemüse 42 Prozent und Wolle 28 Prozent. Vgl. Meissner, Boris (Hrsg.): Sowjetgesellschaft im Wandel. Rußlands Weg zur Industriegesellschaft. Stuttgart u. a. 1966, S. 88 u. 90.

9 PAAA. Botschaft Moskau 67, S. 2 ff. Die im Schriftwechsel der Botschaft benutzte Bezeichnung *Dorfräte* wird durch die Bezeichnung *Dorfsowjets* ersetzt, die in der wissenschaftlichen Literatur verwendet wird.

10 Der Handel mit Agrarprodukten wurde nur Kollektivwirtschaften gestattet, die ihr Ablieferungssoll erfüllt hatten und ihre überschüssigen Produkte auf den Kolchosmärkten anboten.

11 Bucharin, Tomski und Rykow.

12 PAAA. Botschaft Moskau 67, S. 10 f.

jedoch habe man von autoritativer Seite wiederholt die Notwendigkeit dieser Kollektivierungsmaßnahme betont. Interessant sei das Eingeständnis, daß Kirchen vielfach auf administrativem Wege geschlossen worden seien, nachdem man „einen ‚fiktiv freiwilligen Allgemeinwunsch‘ herbeigeführt habe. Auf solchen fiktiven Mehrheitsbeschlüssen beruht ja schließlich das ganze System, kommen die Wahlen zustande und die Beschlüsse der beschließenden Körperschaften“.<sup>13</sup>

Am 28. März schrieb Botschafter Dirksen dem AA, aus gutunterrichteten Quellen habe er erfahren, den letzten Anstoß zum Stalin-Artikel vom 2. März hätten der Politkommissar der Roten Armee Gamarnik und der jetzige Bildungskommissar<sup>14</sup> der RSFSR und frühere Politkommissar Bubnow gegeben. Sie hätten vor den entscheidenden Parteigremien erklärt, daß der augenblickliche Kurs auf dem Land die Rote Armee zu zerstören drohe. Im Politbüro hätten sich alle außer Stalin und Molotow für eine Kursänderung ausgesprochen. Stalin habe sich Bedenkzeit erbeten, die er dazu benutzte, den Artikel vom 2. März zu veröffentlichen. Dieses Vorgehen soll zu scharfen Auseinandersetzungen in den leitenden Parteikreisen geführt haben. Der Parteileitung werde der Vorwurf gemacht, ihre Organe in der Provinz zum äußersten Radikalismus getrieben zu haben, um sie im Augenblick der Gefahr preiszugeben und vor den Augen der Massen zu desavouieren.<sup>15</sup>

Die Akte Botschaft Moskau 67 enthält Schreiben von Generalkonsulaten und Konsulaten an die Botschaft, in denen unter Berufung auf die Provinzpresse erschütternde Einzelheiten über „Übergriffe bei der Dekulakisierung“ mitgeteilt werden. Das Konsulat Nowosibirsk berichtete am 20. März über ein Dorf in seinem Amtsbezirk, in dem laut *Sowjetskaja Sibir* vom örtlichen Parteisekretär organisierte besondere Stoßtrupps in Abwesenheit der Bauern in deren Häuser eindringen, das gesamte Eigentum abtransportierten und die Häuser zerstörten. Die „dekulakisierten“ Familien – Männer, Frauen und Kinder – wurden dann in einen Raum der Lesehalle zusammengetrieben, bis auf das Hemd entkleidet und einer Leibesvisitation unterzogen, wobei auch Frauen von Männern durchsucht wurden. Anstelle von brauchbarer Kleidung erhielten diese Personen Lumpen. Einen Teil des abgenommenen Eigentums hätten sich die Mitglieder der Stoßtrupps angeeignet.<sup>16</sup> Am 15. April berichtete dieses Konsulat über unterschiedliche Reaktionen der unteren Organe. Eine Reaktion war, daß arme Bauern und Mittelbauern, die die Kolchosen verlassen hatten, zu „Kulaken“ gestempelt und „dekulakisiert“ wurden. Die Volksgerichte verurteilten massenweise Bauern, die eigenmächtig die Kolchosen verlassen hatten, zu zwei bis fünf Jahren Gefängnis.<sup>17</sup>

In den von mir ausgewerteten Akten habe ich keine Hinweise darauf gefunden, wie sich die Deportationen abspielten und was die „Kulaken“ im hohen Norden und in Sibirien erwartete. Im *Schwarzbuch des Kommunismus* lesen wir, daß 1930 im Norden der Sowjetunion 40 000 Deportierte zum Straßenbau und zur Holzproduktion eingesetzt wurden, im Uralgebiet 25 000 für den Bau eines Chemiekombinats, im Fernen Osten 25 000 für den Bau einer Eisenbahn. Insgesamt gehörten zur Gruppe der „Entkulakisierten“ Ende 1930 mehr als 700 000, Ende 1931 mehr als 1,8 Millionen Menschen. Die Eisenbahnzüge mit den Deportierten blieben auf den Rangierbahnhöfen oft wochenlang

13 Ebd., S. 16 f.

14 Die sowjetischen Minister führten bis 1946 die Amtsbezeichnung „Volkskommissar“. Wenn sie in Verbindung mit dem von ihnen geleiteten Amt erwähnt werden, wird in diesem Aufsatz die Silbe „Volks-“ weggelassen, also Außenkommissar, Bildungskommissar usw.

15 PAAA. Botschaft Moskau 67, S. 1 f.

16 PAAA. Botschaft Moskau 67.

17 PAAA. Botschaft Moskau 67.

stehen. Viele Deportierte mußten sich nach langen Fußmärschen mitten in der Taiga niederlassen und ein mit Ästen zugedecktes Erdloch graben.<sup>18</sup>

Botschafter Dirksen charakterisierte am 7. Februar 1930 Stalins „Vernichtung der Kulaken als Klasse“ mit den Worten, ihnen werde das Recht auf Land, das Recht der Benutzung von Arbeitskräften sowie das Recht des Gebrauchs von Produktionsmitteln (lebenden und toten) entzogen. Den bestimmenden Einfluß in den Kolchosen sollten Dorfarme und Landarbeiter ausüben. Die Dorfsowjets sollten die Kolchosen politisch, wirtschaftlich und kulturell überwachen. Ihre Neuwahl sollte sofort stattfinden, zum größten Teil mit Personen aus dem Kreis der 25 000 Arbeiter der Stoßbrigaden.<sup>19</sup>

Die mit der Kollektivierung verbundene Hoffnung auf eine Mechanisierung der landwirtschaftlichen Großbetriebe und damit die Steigerung der Ernteerträge erwies sich als Trugschluß. Der Leiter der Abteilung IV des AA, Ministerialdirektor Trautmann, unterzeichnete am 14. März 1931 die Ausarbeitung „Die Wirtschaftslage der Sowjetunion“. Darin heißt es, wegen der geringen Erfahrung der Russen in der Handhabung und Wartung moderner Maschinen sei der Verschleiß im Gebrauch ungeheuer. Die Reparaturwerkstätten seien ständig überfüllt. Man höre häufig, daß bis zu 75 Prozent der Traktoren einer Traktorenstation sich in Reparatur befänden. Die vielen kleinen landwirtschaftlichen Maschinenfabriken, die Gießereien, Drehereien, Schmieden usw., die früher für die Versorgung der Landbevölkerung eine sehr bedeutende Rolle spielten, seien fast sämtlich zum Erliegen gekommen.<sup>20</sup>

Dirksens Schreiben an das AA vom 25. Januar 1932 schwelgte wieder in Optimismus. In den am 22. Januar veröffentlichten Direktiven zum zweiten Fünfjahrplan (1933–1937) hätten die Kolchosen und Sowchosen<sup>21</sup> die herrschende Stellung errungen. „Die Grundlagen und die Quellen der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen seien ebenso vernichtet wie die Arbeitslosigkeit, der Pauperismus, die *Preisschere*<sup>22</sup> und die Gegensätzlichkeit zwischen Stadt und Land.“ Die 17. Parteikonferenz der KPdSU(B) (30. Januar bis 4. Februar 1932) sei der Ansicht, daß die Versorgung der Bevölkerung mit den wichtigsten Konsumwaren, darunter mit Lebensmitteln, sich zum Schluß des zweiten Fünfjahrplanes nicht weniger als verdoppeln, ja verdreifachen müsse. Dirksen schloß daraus, daß der gegenwärtige Versorgungsgrad der Bevölkerung nur ein Drittel des tatsächlichen Bedarfs darstellte. Der Schlußabsatz seines Berichts endet mit den Worten, daß die Sowjetunion während des zweiten Fünfjahresabschnittes in technischer Hinsicht auf den ersten Platz in Europa aufsteigen werde. Die UdSSR werde sich von einem Maschinen und industrielle Einrichtungen importierenden Land in ein Land verwandeln, das selbständig Maschinen und Einrichtungen erzeuge, die ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit vom Ausland gewährleisten. Die Sowjetunion könne die fortschrittlichsten kapitalistischen Länder schon im zweiten Fünfjahresabschnitt in technisch-wirtschaftlicher Beziehung einholen. Daß der Botschafter diese Voraussagen nicht kritisch hinterfragt hat, kann nur verwundern.<sup>23</sup>

18 Werth, Nicolas: Ein Staat gegen sein Volk. Gewalt, Unterdrückung, Unterwerfung und Terror in der Sowjetunion. In: Courtois, Stéphane u. a.: Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror. München 1998, S. 170 ff.

19 Ebd., S. 2 ff.

20 PAAA. R 31961. Geheimakten betreffend allgemeine wirtschaftliche Lage in Rußland. Juli 1928 bis September 1933. Bd. 2, S 100 u. 104 f. Diese Akte ist paginiert.

21 Staatsgüter.

22 Schere zwischen den Preisen landwirtschaftlicher und industrieller Güter.

23 PAAA. R 83574. Rußland 28. Innere Politik, Parlament und Parteiwesen in Rußland. 1. September 1931 bis November 1932, S. 1 f., 4 u. 6.

Botschafter Dirksen kommentierte am 27. Juni 1932 in einem Bericht an das AA die Verordnung des Rats der Volkskommissare (RdV) und des Zentral-Exekutivkomitees (ZEK)<sup>24</sup> über „revolutionäre Gesetzmäßigkeit“. Der dritte Punkt dieser Verordnung verlange einerseits die Beseitigung „fester Auflagen bei der ‚Dekulakisierung‘, andererseits die Beachtung der gegen die Kulaken gerichteten Vorschriften“. Damit stelle sie den Partei- und Regierungsfunktionär vor das schwere Dilemma, selbst zu entscheiden, wie er in einem gegebenen Moment handeln solle, ohne die Generallinie zu verletzen. Dirksen bezeichnete es als zweifelhaft, daß die Verordnung ihren Zweck erfüllen werde.<sup>25</sup>

Die Botschaft in Moskau zitierte am 27. September 1932 in einer Aktennotiz über die gegenwärtige Lage in der Sowjetunion aus Leitartikeln der *Prawda* und der *Iswestija*, in denen Kritik an Mißständen in der Landwirtschaft und in der landwirtschaftlichen Zubringerindustrie geübt wurde:

„*Iswestija* vom 10. September 1932: Zum 5. September waren nur 36,3 Prozent des Getreides ausgedroschen.

*Prawda* vom 11. September: Die für den Erfolg des Winterkorns entscheidenden Rayons, die Ukraine, der Nordkaukasus und die untere Wolga, haben bis jetzt mit der Aussaat überhaupt noch nicht begonnen.

*Iswestija* vom 17. September: In den ersten zwei Monaten der Getreidebeschaffungskampagne sind nur Zweidrittel der Menge geschafft worden wie in der gleichen Zeit des Vorjahres. Der Augustplan ist von den Kolchosen nur zu 67,5 Prozent erfüllt, während er im Vorjahr zu 118,3 Prozent ausgeführt wurde.

*Prawda* vom 10. September: Das Charkower Traktorenwerk hat kürzlich die systematische Lieferung von Traktoren fast gänzlich eingestellt, weil es von der Stalingrader Traktorenfabrik keine Kühler erhalten hat, während diese wegen der minderwertigen Qualität des Kühlerbandes nicht in genügender Menge Kühler herstellen konnte. Auf den Fabrikhöfen in Charkow und Stalingrad liegen 2000 Traktoren ohne Kühler und können nicht auf das flache Land abtransportiert werden.“<sup>26</sup>

In seinem Politischen Bericht *Sowjetrußland im Jahre 1932* gab Botschafter Dirksen am 2. Januar 1933 eine letzte Einschätzung der Zwangskollektivierung der sowjetischen Landwirtschaft. Der russische Bauer hätte sich mit der neuen Wirtschaftsform abgefunden, wenn die Sowjetregierung den Weitblick besessen hätte, den neuen Großbetrieben genügend Nahrungsmittel für den eigenen Bedarf zu lassen. Aber Bürokratismus und Ausfuhrzwang zur Beschaffung von Valuten<sup>27</sup> hätten übermäßig hohe Auflagen zur Getreideablieferung aus der „nässigen“ Ernte von 1931 veranlaßt. Die unerbittlichen Auflagen ließen Kolchosen, Sowchosen und Einzelbauern ohne genügend Lebensmittelreserven bis zur nächsten Ernte. Dadurch wurde das wichtigste psychologische Aktivum der

24 Das Allunions-Zentralexekutivkomitee war ein Ausschuß, der zwischen den Sitzungsperioden des Allunions-Sowjetkongresses dessen Aufgabe, die Gesetzgebung, wahrnahm. In der Verfassung von 1936 wurde es durch das Präsidium des Obersten Sowjets ersetzt. Sein Vorsitzender und nominelles Staatsoberhaupt war von 1919 bis 1946 Kalinin.

25 PAAA. Botschaft Moskau 68. Innenpolitische Verhältnisse in der UdSSR. Bd. 5. Februar 1931 bis Dezember 1932, S. 1 u. 6.

26 PAAA. Botschaft Moskau 353. Politische Jahresberichte der Botschaft an das Auswärtige Amt von 12.1930 bis 10.1933, S. 433203 f. u. 433207. Einige Schriftstücke dieser Akte sind mit einer sechsstelligen Zahl paginiert.

27 In den Jahren 1932 und 1933 exportierte die Sowjetunion 3,6 Millionen Tonnen Getreide sowie größere Mengen Mehl, Ölfrüchte, Hülsenfrüchte, Trockenobst, Speck, Butter und Eier. Vgl. Musial, Bogdan: Stalins Beutezug. Die Plünderung Deutschlands und der Aufstieg der Sowjetunion zur Weltmacht. Berlin 2010, S. 50.

Kolchosen und der Sowchosen – die sichere und risikolose eigene Versorgung – außer Kraft gesetzt. Wie schon an anderen Stellen wird hier der Glaube der deutschen Diplomaten an die Überlegenheit des Großbetriebs gegenüber dem bäuerlichen Kleinbetrieb offenbar. Der Mißerfolg der Kolchosen und Sowchosen bis zum Ende der Sowjetunion und die liebevolle Pflege des winzigen Hoflandes bewiesen, daß diese Annahme auf die sowjetische Landwirtschaft nicht angewandt werden konnte. Weiter heißt es in diesem Bericht, daß die russischen Bauern die neue Wirtschaftsform ablehnten und passiven Widerstand leisteten. Hunderttausende, vielleicht Millionen Bauern hätten das Dorf verlassen, seien in die Fabrik oder auf Wanderschaft gegangen. Die auf dem Land verbliebenen hätten nur halbe Arbeit geleistet, die Felder seien schlecht bestellt worden, das Unkraut habe überhand genommen, die ohnehin „nässige“ Ernte sei kaum eingebracht worden. Der geringe noch verbliebene Tierbestand sei weiter verkommen. Die Gesamtanbaufläche sank von 136,6 auf 134,4 Millionen Hektar, die Getreideanbaufläche sogar von 104,4 auf 99,7 Millionen Hektar.

Die Sowjetregierung habe versucht durch Anstachelung des individuellen Erwerbsstrebens gegenzusteuern. Den Einzelbauern seien erweiterte Erwerbsmöglichkeiten durch die Freigabe des Handels mit einer Reihe von landwirtschaftlichen Erzeugnisse gegeben worden, ab 15. Januar 1933 auch mit Getreide, im Dezember 1932 für Fleisch und Milch. Dirksen zog das Resümee: „Die Revolutionäre, Theoretiker, Wirtschaftler – mit einem Wort die Nichtlandwirte, die an der Spitze der Regierung stehen, werden die Erfahrung machen müssen, daß jeder Fehler auf landwirtschaftlichem Gebiet zu seiner Gutmachung mehrerer Jahre bedarf.“<sup>28</sup>

### *Die Hungerkatastrophe*

Die deutschen Diplomaten in Moskau und in Berlin versuchten in Gesprächen mit sowjetischen Spitzenfunktionären dieses Thema vorsichtig zur Sprache zu bringen. Am 22. Februar 1932 berichtete Botschafter Dirksen dem AA, Kalinin habe bei einem Empfang einer Arbeiterinnendelegation aus dem Nordkaukasus zugegeben, daß es an Brot, Fleisch, Bekleidung usw. „mangle“. Das liege jedoch daran, daß das frühere Rußland „ungemein arm war“.<sup>29</sup> In einem vertraulichen Bericht an Staatssekretär Bülow vom 12. Januar 1933 schrieb er über ein Essen mit leitenden sowjetischen Persönlichkeiten, bei dem er den Kriegskommissar Woroschilow „nachdrücklich und wiederholt in Form von Fragen auf die immer steigenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Sowjetunion warnend aufmerksam“ gemacht und eine Stellungnahme zu erhalten versucht habe. Auf seine Frage, ob nicht die Brotversorgung der Bevölkerung gefährdet sei, habe der Angesprochene diese Besorgnisse in Abrede gestellt. Natürlich mache die Landwirtschaft gegenwärtig eine schwere Zeit durch, man werde auch wenig Getreide ausführen können. „Rußland sei auch noch dank der zaristischen Mißwirtschaft um Jahrzehnte zurück.“<sup>30</sup>

Diese Legende von dem angeblich rückständigen zaristischen Rußland hat der *Spiegel*-Redakteur Fritjof Meyer im Jahre 1984 in seinem Buch *Weltmacht im Abstieg. Der Niedergang der Sowjet-Union* widerlegt. Er schrieb, Chruschtschow habe 1914 als Schlosser im Monat 45 Rubel verdient. Für einen Stundenlohn habe er sich zehn Pfund Brot

28 PAAA. Botschaft Moskau 353, S. 7 ff.

29 PAAA. Botschaft Moskau 68.

30 ADAP. Bd. XXI. 16. August 1932 bis 29. Januar 1933. Göttingen 1983, S. 532. Woroschilow hat gelogen. Das Politbüro, dem er seit 1926 angehörte, beschloß am 9. Dezember 1932, „auf dem Höhepunkt des Massensterbens“, den Export von 6,1 Millionen Tonnen Getreide aus der Ernte des Jahres 1932. Vgl. Musial, Bogdan: Kampfplatz Deutschland. Stalins Kriegspläne gegen den Westen. Berlin 2008, S. 283.

oder zwei Pfund Schweinefleisch leisten können. Für ein Kilo Butter mußte er drei Stunden arbeiten. Im Jahre 1984 konnte ein Proletarier für einen Stundenlohn nur acht Pfund Brot oder ein halbes Pfund Schweinefleisch kaufen. Für ein Kilo Butter mußte er fünf Stunden arbeiten. Im Jahre 1910 war Rußland mit 3,33 Millionen Tonnen der wichtigste Weizenlieferant der Weltwirtschaft, gefolgt von Kanada mit 3,28 Millionen Tonnen. Es erzeugte ebensoviel Stahl wie Frankreich und verbrauchte doppelt soviel Kautschuk.<sup>31</sup> Der deutsche Generalkonsul in Charkow, Walther, beschrieb den Niedergang der ukrainischen Landwirtschaft unter dem Sowjetsystem mit zwei Zahlen: Vor der Revolution lieferte der beste und gut bestellte Boden in dieser Kornkammer Rußlands Ernteergebnisse bis zu 250 Pud<sup>32</sup> Winterweizen auf dem Hektar. Im Jahre 1932 waren sechs bis zwölf Pud eine *Mittelernte*, also keineswegs eine Mißernte.<sup>33</sup> Das traurige Ergebnis der Kollektivierung der sowjetischen Landwirtschaft war noch nach 50 Jahren sichtbar. In den siebziger und achtziger Jahren mußte die Sowjetunion jährlich bis zu 30 Millionen Tonnen Brot- und Futtergetreide einführen.<sup>34</sup>

Die sowjetischen Diplomaten schritten sogar im Ausland ein, wenn in der Öffentlichkeit die russische Hungerkatastrophe zur Sprache kam. Staatssekretär Bülow hielt am 8. Juni 1933 in einem Vermerk fest, der sowjetische Botschafter Chiutschuk habe dringend gebeten, daß die Ausstellung russischer „Hungerbriefe“ am Belle-Alliance-Platz, von der das *12 Uhr Mittagsblatt* berichtete und von denen sieben im Rundfunk verlesen wurden, unterbunden werde. Sie sei für die deutsch-sowjetischen Beziehungen abträglich. Ministerialdirektor Meyer notierte am 3. Juli 1933, Chiutschuk habe sich über die vom Verein für das Deutschtum im Ausland (V. D. A.) initiierte Bewegung zur Unterstützung der notleidenden Deutschen im Ausland beschwert. Aus den Aufrufen müsse der Eindruck gewonnen werden, als ob die nicht zu bestreitende Not in Rußland lediglich bei den deutschen Bauern vorhanden sei und daß dies die Schuld der Sowjetregierung sei. Am 3. Juli 1933 telegraphierte Botschafter Dirksen dem AA, der stellvertretende Außenkommissar Krestinski habe ihn von dem bevorstehenden Protest Chiutschuks über die Massenveranstaltung im Lustgarten zugunsten notleidender Deutscher in Rußland in Kenntnis gesetzt. Dirksen erwiderte, es lägen deutschen Stellen viele Tausende von Hilferufen hungernder Rußlanddeutscher vor. Es sei nicht möglich, diese stark auf Einleitung einer Hilfsaktion abzielende Bewegung zurückzudämmen. „Das beste Mittel zur Entspannung wäre, wenn die Sowjetregierung der privaten Wohltätigkeit des Roten Kreuzes und der Absendung von *Torgsin* Paketen<sup>35</sup> freien Spielraum gewährte. Krestinski antwortete zynisch, daß derartige öffentliche Kundgebungen die Sowjetregierung gerade in die entgegengesetzte Richtung hineindrängten und ihr jedes Entgegenkommen unmöglich machten.“ Zwei Tage später hielt der Legationsrat von Tippelskirch in einem Vermerk fest, er habe dem Sowjetbotschafter auftragsgemäß mitgeteilt, daß die vom V. D. A. angekündigte Protestkundgebung im Lustgarten nicht stattfinden. Chiutschuk bat den Legationsrat, dem

31 Meyer, Fritjof: *Weltmacht im Abstieg. Der Niedergang der Sowjet-Union*. München 1984, S. 93.

32 1 Pud waren 16,381 Kilogramm.

33 PAAA. *Botschaft Moskau 348. Jahres- und Halbjahresberichte des Deutschen Generalkonsulats in Charkow über die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse der UdSSR. Juni 1930–Juni 1937*, S. 2.

34 E-Mail von Botschafter a. D. Dr. Hans-Georg Wieck am 25. Juli 2010 an den Verfasser.

35 *Torgsin* (= Handel mit Ausländern) waren Läden, in denen Empfänger von Reichsmark- und anderen Devisen-Gutschriften Lebensmittel, die in normalen Läden nicht oder nur in geringem Maße erhältlich waren, erwerben konnten. In *Torgsin*-Annahmestellen konnten sowjetische Bürger gegen Gold und Platin Lebensmittel bekommen. Vgl. Hencke, Andor: *Erinnerungen als Deutscher Konsul in Kiew 1933–1936*. Mit einer Vorbemerkung von Georg Stadtmüller. München 1979, S. 16; PAAA. *Moskau 68. Konsulat Kiew vom 2. Juni 1932*.

Reichsminister zu sagen, „daß er mir persönlich mit dieser Mitteilung eine große Freude bereitet hat“.<sup>36</sup>

Der Ukrainer Dmytro Zlepko schreibt in dem 1988 von ihm herausgegebenen Buch *Der ukrainische Hunger-Holocaust*<sup>37</sup>, daß die Politik der Kommunistischen Partei der Ukraine auf den Beschlüssen des X. Parteitages der Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki) [KPR(B)] (1921) basierte. Dort proklamierte man den Aufbau des Sowjetstaates in regionaler nationaler Anpassung, die Einführung der Muttersprachen der Völker in Justiz, Verwaltung und Regionalorganen, in Presse, Schulen und allen Kultur- und Wissenschaftsanstalten. *Ukrainisierung* wurde das Synonym für die Realisierung der Beschlüsse dieses Parteitages. „In kürzester Zeit hatte sich aus der Ukraine ein kommunistischer Staat entwickelt, der die politische Union mit Moskau bejahte, ansonsten seinen eigenen Weg zum Kommunismus/Sozialismus zu gehen gewillt war.“ 1927 bis 1929 kam es zum ideologischen Streit, der sich auf alle Ebenen übertrug. Auch die ukrainischen Kommunisten hätten die Kollektivierung bejaht. Strittig sei nur das Tempo der Einführung gewesen. Nach ihren Beschlüssen vom 25. Dezember 1929 sollten bis Oktober 1930 nur 21,6 Prozent der Landwirtschaften kollektiviert werden. Die Entscheidung der Moskauer Zentrale, die zehn Tage später getroffen wurde, habe den hundertprozentigen Abschluß der Kollektivierung in der Ukraine bis 1932 vorgesehen. Ukrainische Proteste hätten nichts genützt. Auf Befehl Moskaus seien 112 000 Funktionäre aus anderen Republiken in die Ukraine geschickt worden. Zum Jahreswechsel 1930/31 hätten 70 Prozent der Ackerfläche unter Kolchosverwaltung gestanden. Wie stark die Sowjetregierung die Ukraine ausplünderte, illustriert Zlepko mit folgenden Zahlen: Im Jahre 1930 verschickte sie etwa 7,7 Millionen Tonnen Getreide, das in den Export ging.<sup>38</sup> Das seien 33 Prozent der ukrainischen Ernte gewesen. Im Vergleich zur Sowjetunion betrug das Ernteaufkommen der Ukraine 1930 noch 27 Prozent, sie habe aber 38 Prozent des Aufkommens der gesamten Getreidereserven der Sowjetunion stellen müssen.

Der Plan für 1931 habe für die Ukraine eine Getreideabgabe von 7,7 Millionen Tonnen vorgesehen. Die Ernte erbrachte aber nur 5,5 Millionen Tonnen. Für den Einzelbauern, den „Kulaken“, blieben für das Jahr 1931 nur 112 Kilogramm Brot, d. h. nur 300 Gramm Brot pro Person für jeden Tag des Jahres. Im Frühjahr 1932 wurde das Getreide knapp, es begann der Hunger. Den Kolchosen habe der Staat 550 000 Tonnen Saatgut vorgeschossen. „Aber auf die Ernte mußte noch gewartet werden. Es häuften sich Meldungen von Hungernden und Toten auf den Straßen. Kannibalismus wurde gemeldet.“<sup>39</sup>

In den Akten der Botschaft Moskau ist das erste Anzeichen für eine bevorstehende Hungersnot ein Bericht des Konsulats Kiew vom 30. Juli 1930. Die Versorgung der Kiewer Bevölkerung mit Fleisch, Fisch und Fettstoffen durch die Konsumgenossenschaften sei praktisch zum Stillstand gekommen. Nur einige wenige Industriebetriebe, Krankenhäuser, Kinderheime und ein für Ausländer bestimmtes Hotel dürften neben den beiden Konsulaten und der Garnison mit einer dürftigen Belieferung rechnen. Aber selbst das ihnen gelieferte Fleisch stamme zumeist von Magervieh und habe nur einen geringen Nährwert. „Ohnmachtsanfälle infolge Unterernährung häufen sich sowohl in Fabriken

36 PAAA. R 28307k. Büro Reichsminister. Rußland. 5. Januar 1932 bis 14. August 1933, S. 199, 209, 214 u. 221.

37 Zlepko, Dmytro: *Der ukrainische Hunger-Holocaust. Stalins verschwiegener Völkermord 1932/33 an 7 Millionen ukrainischen Bauern im Spiegel geheimhaltener Akten des deutschen Auswärtigen Amtes.* Sonnenbühl 1988.

38 Ebd., S. 17. Hier hat sich der Autor verrechnet. Gemeint war sicher das Getreide, das in die Getreidereserven der Sowjetunion einging. Ein Teil davon ging in den Export.

39 Ebd., S. 15 ff.



als auch in Hochschulen und genossenschaftlichen Verkaufsstellen, wo die Kunden, eng zusammengepfercht, nach allen Industriefertigwaren und Produkten, Schwarzbrot ausgenommen, stundenlang anstehen müssen, um schließlich nicht selten mit leerem Korbe abzuziehen. Von Bauern in beschränkter Menge feilgebotenes Fleisch, Speck, Butter, Eier, die im Handumdrehen vergriffen sind, stehen um so höher im Preise, als die Behörden mit der Begründung, der Freiverkauf sei nur bis zum 1. Juli gestattet gewesen, wieder dazu übergehen, die von den Bauern zur Stadt geführten Vorräte unterwegs [...] zu beschlagnahmen. Obst und Gemüse sind auf dem freien Markt außerordentlich teuer.“<sup>40</sup>

Das Generalkonsulat Charkow berichtete am 12. März 1932, mit den härtesten Strafen wie Zwangsarbeit von ein bis zwei Jahren würden Bauern belegt, die das geforderte Getreide nicht abliefern könnten. In zwei Dörfern besitze keine einzige der 1 000 Wirtschaften eine Kuh, der Viehbestand der Kolchosen belaufe sich auf 40 halbverhungerte Kühe und 60 Schweine. Die Tatsache, daß die mit großen Versprechungen eingeführten Kolchosen auch Not litten, illustriert der Satz: „Um Brot betteln die Bauern, die in den Kollektiven nicht ausreichend ernährt werden, und Arbeiter, die mit ihren Rationen nicht auskommen.“ Die Einstellung des Getreideankaufs deute darauf hin, daß weitere Getreidevorräte aus der Bevölkerung nicht mehr herauszuholen seien. Aus Enttäuschung über den Lauf der Dinge hätten mehrere der hiesigen gebildeten Kommunisten Selbstmord verübt.<sup>41</sup>

Das Wort „Hungerkatastrophe“ gebrauchte Botschafter Dirksen erstmals am 6. April 1932. Er schrieb dem AA, in verschiedenen Teilen des Landes sei ein Zustand eingetreten, „der von der Hungerkatastrophe im Jahre 1921/22 nicht weit entfernt ist“. Glaubwürdigen Nachrichten zufolge setzten sich die hungernden Bauern in Massen aufs Gerauwe in Bewegung, um dem Hungertod aus dem Weg zu gehen.<sup>42</sup>

Das Konsulat Kiew meldete der Botschaft am 2. Mai 1932, in Wolhynien (Westukraine) herrsche eine Hungersnot, die durch die rücksichtslose Erfassung der Getreide- und Kartoffelernte hervorgerufen worden sei. In der letzten Aprilwoche habe das in einer Reihe von Ortschaften zu Hungerrevolten geführt. Dorfbewohner, vorwiegend Frauen, rotteten sich in großer Zahl zusammen, zogen zum Dorfsowjet und verlangten Brot. Da dieses ihnen nicht gegeben wurde, plünderten sie staatliche Getreidespeicher. Auf den Kiewer Kolchosmärkten wurden lediglich Brotreste der Speisehäuser und Kartoffelschalen angeboten.<sup>43</sup>

Wie willkürlich die Planvorgaben der Behörden waren, illustrierte das Generalkonsulat Charkow am 30. September 1932 mit folgendem Beispiel: Eine Kolchose, die im vorigen Jahr 12 000 Pud abgab, sollte in diesem Jahr bei einer tatsächlichen Ernte von 5 000 Pud 24 000 Pud abliefern. Kolchosvorstände wie Einzelbauern bemühten sich, für den eigenen Bedarf ausreichend Getreide zurückzulegen. Da die Bauern sich in ihrer großen Not um das tägliche Brot fremdes Getreide vom Acker aneigneten, wurden im August durch ein Dekret schwerste Strafen, selbst die Todesstrafe, angedroht und vollstreckt. Nach einer glaubwürdigen Nachricht wurde ein Bauer, der einen Arm voll Hirse vom Feld genommen hatte, nach vorheriger Ankündigung auf dem Hauptplatz der Stadt öffentlich erschossen.

Da die Arbeitsunfähigen und die Alten in den Kolchosen keinen Anspruch auf Brotnorm und Versorgung hätten, sei wegen der schwierigen Lebensverhältnisse und der

40 PAAA. Botschaft Moskau 67.

41 PAAA. Botschaft Moskau 348, S. 2 f. u. 6.

42 PAAA. R 31961, Bl. 117.

43 PAAA. Botschaft Moskau 68, S. 1 u. 3.

Lockerung der Familienbande ihre Lage oft trostlos und lasse sie zu Bettlern werden. Aber trotz dieser erschütternden Beobachtungen gab sich Generalkonsul Walther Illusionen über die weitere Zukunft der „Sozialisierung der Landwirtschaft“ hin. Sie sei als notwendiger Ersatz für die ertraglosen kleinen Wirtschaften nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch gerechtfertigt. Durch landwirtschaftliche Institute, Stationen und Maschinen, durch die geplante Ausnutzung der Elektrizität<sup>44</sup> und des Flugzeugs werde viel Augenfälliges für die Landwirtschaft getan, und in dem Anbau der technischen Kulturen – Baumwolle, Reis, Hanf, Kautschukpflanzen – würden neue Wege beschritten. Daß das alles Luftschlösser waren, die Voraussetzungen für diese Technisierung der Landwirtschaft nicht vorhanden waren, wollte Walther nicht wahrhaben. Aus seiner Sicht zeugten die geringen Ernteergebnisse vielmehr davon, daß die Landbevölkerung „noch nicht den vorgeschriebenen Weg geht“.<sup>45</sup>

Am 24. November 1932 berichtete das Generalkonsulat Charkow, viele Einzelbauern würden ihre Pferde eingehen lassen, um sie nicht gemäß einem Dekret vom 11. September den Kolchosen überlassen zu müssen. Dort würden sie über ihre Kräfte angestrengt, nicht gepflegt und kaum gefüttert, so daß annähernd die Hälfte des Pferdebestands der Ukraine eingegangen sein soll.<sup>46</sup>

In seinem „Politischen Bericht Sowjetrußland im Jahre 1932“ vom 2. Januar 1933 schrieb Botschafter Dirksen, daß der allmähliche Beginn des Hungers in der Sowjetunion von zahlreichen Umständen beeinflußt worden sei: dem Auftreten von landwirtschaftlichen Schädlingen und Ungeziefer, ungünstigen Witterungsverhältnissen, ungenügender Belieferung mit Maschinen, insbesondere Traktoren und deren Reserveteilen, Mangel an Zugkräften, Darniederliegen des Verkehrswesens, Mangel an ausgebildetem Personal, Überwuchern des Bürokratismus, Zwang zur Bildung von Getreidereserven für die Armee wegen der gespannten Lage in der Mandschurei.<sup>47</sup> Er konnte nicht wissen, daß die Hungersnot in der Ukraine von Stalin gewollt war, wie die neueste Forschung nachweist. Gerhard Simon schreibt, daß aus der Sicht des Stalinismus der wirtschaftlich selbständige Bauer und der nationalbewußte Ukrainer Feinde waren, die unterworfen werden mußten. Er zitiert einen Brief Stalins an Kaganowitsch vom 11. August 1932: „Wenn wir uns jetzt nicht daranmachen, die Lage in der Ukraine in Ordnung zu bringen, dann können wir die Ukraine verlieren.“ Simon fährt fort: „In Ordnung gebracht“ wurde die Lage in der Ukraine durch den Hunger-Terror gegen das ukrainische Dorf, so daß der nationale und soziale Widerstand auf lange Zeit unterdrückt wurde. Zugleich sorgten umfassende Säuberungen gegen die ukrainischen Nationalkommunisten für die Unterwerfung der Leitungskader.“<sup>48</sup>

Die Geheimakten betreffend die „Allgemeine wirtschaftliche Lage in Rußland Juli 1928 bis September 1933“ enthalten einen Bericht von Botschafter Dirksen vom 20. Januar

44 In einer Information vom 26. Januar 1961 (!), die offenbar in der 1. Europäischen Abteilung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten (MfAA) der DDR gefertigt wurde, hieß es, daß bis 1965 die Elektrifizierung der sowjetischen Landwirtschaft vollendet werden solle. „Bereits jetzt“ seien 70 Prozent der Kolchosen sowie nahezu sämtliche Sowchosen an das Stromnetz angeschlossen. Vgl. PAAA. MfAA. A 308, Bl. 58 f.

45 PAAA. Botschaft Moskau 348, S. 2 f. u. 7 f.

46 Ebd., S. 3 ff.

47 PAAA. Botschaft Moskau 353, S. 8. Im Jahre 1931 waren japanische Truppen in die Mandschurei eingefallen. Im Jahre 1932 erhielt sie unter japanischer Aufsicht den Namen Mandschukuo.

48 Simon, Gerhard: Holodomor als Waffe. Stalinismus, Hunger und ukrainischer Nationalismus. In: Osteuropa. 54. Jahrgang, Heft 12. Dezember 2004, S. 38.

1933 über das Plenum des ZK und der ZKK<sup>49</sup> der KPdSU(B) vom 7. bis 12. Januar 1933. Nach einer Rede von Kaganowitsch beschloß das ZK, in allen Maschinen-Traktoren-Stationen (MTS) und Sowchosen *politische Abteilungen* zu errichten, die diese Betriebe politisch durchsetzen und kontrollieren sollten. Sie sollten darüber wachen, daß die Kolchosen und Sowchosen ihre Verpflichtungen gegenüber dem Staat voll und pünktlich erfüllen. Ihre Leiter sollten vom ZK ernannt und abgesetzt werden. Stalin führte in seiner Rede aus, daß viele Kolchosen zu „Unterschlupfen für konterrevolutionäres Gesindel“ geworden seien, weil die Partei ihre Führung nicht fest in die Hand genommen habe.<sup>50</sup>

Ein „Die Notlage in der Ukraine“ überschriebener Bericht eines Vertrauensmannes aus Charkow vom 18. Mai 1933 schildert, daß gesundheitsschädliche Ersatzstoffe und krepirtes Vieh den hungernden Menschen als Nahrung dienten, immer wieder höre man, daß Menschenfleisch gegessen werde. In der Stadt seien überall Hungerkranke zu sehen, viele starben auf der Straße. Ein Bericht über die Hungersnot in der Westukraine eines „an besonderer Stelle stehenden Vertrauensmannes aus Kiew“ vom 26. Mai 1933 beschreibt, daß die Menschen in ihrer Not gemahlene Eicheln, Getreidespreu, Brennesseln und Baumrinde aßen.<sup>51</sup>

Die Deutsche Gesandtschaft Riga schickte dem AA am 15. Juni 1933 einen am Vortag eingegangenen Bericht des lettischen Gesandten in Moskau. Der italienische Geschäftsträger Atoliko berichtete nach einer Reise in den Kaukasus: „Im Nordkaukasus wie auch in der Ukraine ist kein Brot und keinerlei Viehfutter vorhanden. [. . .] Die Todesfälle auf dem Lande nehmen fürchterliche Dimensionen an, und es sind keine Menschen mehr vorhanden, die die Leichen beerdigen können. In einem Dorf sterben täglich 30–40 Menschen an Hunger. Man findet Leichen, bei denen die Weichteile ausgeschnitten sind, und diese werden als Nahrung gebraucht. Leichen von Kindern findet man nicht; wie die Bauern selbst gestehen, wird das Fleisch der Kinderleichen gekocht und gegessen.“<sup>52</sup>

Der Landwirtschaftliche Sachverständige bei der Deutschen Botschaft Moskau, Dr. Schiller, schickte am 19. September 1933 einen Bericht an das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft (eine Kopie erhielt das AA) mit der Überschrift „Die Hungersnot in der Sowjetunion. Geheim! Nicht zur Veröffentlichung“. Dieser Bericht ist das Ergebnis von mehreren Autoreisen durch die Sowjetunion von einer Gesamtlänge von etwa 10 000 Kilometern.

Schiller führt darin aus, daß die wichtigsten Getreideanbauggebiete, die Kornkammern des alten Rußlands, von der Hungersnot am schlimmsten betroffen seien. Sie hätten die besten Voraussetzungen für die Kollektivierung geboten und am schwersten unter den groben Fehlern dieser Politik zu leiden gehabt. Tüchtige Landwirte hätten hier durch das Vorhandensein größerer Landreserven die Möglichkeit gehabt, ihre Wirtschaft und auch ihre Viehhaltung weit über das Normale hinaus auszudehnen. Das Kulakentum sei hier eine besonders verbreitete Erscheinung, und mit seiner Vernichtung werde auch der bäuerliche Wohlstand zerstört.<sup>53</sup>

Über die Ursachen der Hungerkatastrophe schreibt Schiller, es sei dahingestellt, ob sie die Folge örtlicher Willkürakte war oder „ob man auf Anweisung von oben systematisch das letzte Korn aus dem Dorfe herausholte, um durch den Hunger den Bauer auf die Knie zu zwingen und zur Arbeit im Kolchos zu bewegen [. . .]“. Die Bauern verträten

49 Zentrale Kontrollkommission.

50 PAAA. R 31961, S. 143, 148 u. 150 f.

51 Zlepko: Hunger-Holocaust, S. 160 ff. u. 164 f.

52 PAAA. R 31961, S. 154 f.

53 Ebd., S. 158 u. 161 ff.

die Ansicht, daß die Hungersnot durch die brutalen Methoden der Getreideeintreibung hervorgerufen worden sei. Der Landwirtschaftliche Sachverständige hält die „von anderer Seite“ genannte Ziffer von zehn Millionen Todesopfern nicht für übertrieben, schreibt jedoch nicht, wer diese andere Seite ist und wie diese Zahl zustande gekommen ist. Auch die am Leben gebliebene Bevölkerung in den Hungergebieten habe durch die erlittenen Entbehrungen zum Teil schwere gesundheitliche Schäden erlitten, die Kinder seien zu einem erheblichen Teil verkrüppelt. Besonders schwer gelitten hätten Teile der Westukraine, große Teile des Nordkaukasus und einige Gegenden des Niederwolgagebiets. In diesen Gebieten habe die Hungersnot durch weitgehendes Aussterben der Bevölkerung und den Verfall der Dörfer die Landwirtschaft so stark geschädigt, daß deren normale Weiterentwicklung, auch wenn der Hunger einmal verschwinden sollte, ohne eine Neuan siedlung und ohne einen Neuaufbau der Dörfer nicht möglich sei.<sup>54</sup>

Die Parteiführung habe sich offenbar darauf beschränkt, den Funktionären die Parole auszugeben, den Hunger nach außen überhaupt nicht zur Kenntnis zu nehmen. Wenn sie auf die Hungersnot angesprochen werden sollten, sei absolutes Stillschweigen zu wahren. Ihm sei in allen Fällen bestätigt worden, daß beispielsweise die Dorfsowjetvorsitzenden, wenn Hungernde sie um Hilfe baten, den Hunger einfach leugneten oder überhaupt nicht antworteten. Manche von ihnen hätten sich während der kritischen Zeit möglichst wenig in ihren Büros gezeigt, um lästigen Anfragen zu entgehen. Die Sowjetregierung habe sich durch die jahrelange, auf übertriebene Siegesnachrichten eingestellte Fünfjahrplanpropaganda so sehr verrannt, daß das Eingeständnis einer solchen Wirtschaftskatastrophe wie die Hungersnot einer absoluten Bankrotterklärung mit allen daraus resultierenden Gefahren gleichkommen würde. Schon jetzt könne man in einzelnen Fällen die Erklärung hören, „daß nur diejenigen hungern, die nicht arbeiten wollen“.<sup>55</sup>

Im zweiten Bericht mit der Überschrift „Die Getreidebereitstellung in der Sowjetunion“ schreibt Schiller, die örtlichen Organe seien infolge des in den letzten Jahren geführten rücksichtslosen Kampfes mit den Bauern von einer „nicht mehr zu überbietenden Grobheit und Rücksichtslosigkeit, die nur als Unmenschlichkeit bezeichnet werden kann“. Ein schweres Schicksal treffe die Einzelbauern. Sie würden nur in die Kolchose aufgenommen, wenn sie die auf sie rechnermäßig entfallende Menge von Saatgut in die Kolchose mitbrächten und ihre Produktionsmittel in dem üblichen Umfang (Zugvieh, Geräte usw.) vergesellschafteten. Diejenigen, die wegen Nichterfüllen der Saatpläne oder schlechter Ernte keine ausreichenden Getreideüberschüsse hätten und nicht aufgenommen würden, seien dem sicheren Hungertod ausgeliefert.<sup>56</sup>

Das Los der Kolchosbauern beschreibt Schiller mit den Worten, solange noch Gras zu finden sei, würden sie dieses essen und das Getreide, das sie als Vorschuß für ihre Arbeitseinheiten<sup>57</sup> erhalten haben, für den Winter sparen. Um zu verhindern, daß die Bauern Getreide verstecken oder Bestände verschweigen, würden „wirksame Maßnahmen“ durch das Aufbieten eines großen Feldaufsehercorps und die Mobilisierung von Kinderbrigaden („leichte Kavallerie“) ergriffen.<sup>58</sup>

Das Generalkonsulat Charkow schrieb am 11. Dezember 1933 in seinem Jahresbericht, daß die Partei in den letzten zehn Monaten 1 340 Mitglieder auf leitende Posten in

54 Ebd., S. 164 ff.

55 Ebd., S. 172 f.

56 Ebd., S. 188 u. 194 f.

57 Die Bezahlung der Kolchosbauern erfolgte durch Arbeitseinheiten, deren Wert je nach dem Ertrag der Kolchose schwankte, z. B. 200 bis 300 Gramm Brot, 700 Gramm bis 2,5 Kilogramm Korn.

58 PAAA. R 31961, S. 197 u. 199.

die Provinz entsandt und 640 Parteisekretäre und Rayonleiter<sup>59</sup> abgesetzt habe. Weitere 12 500 Parteimitglieder seien zur zeitweiligen Dienstleistung auf das Land abkommandiert worden. Die auf der ZK-Sitzung vom 7. bis 12. Januar 1933 von Kaganowitsch angekündigten politischen Abteilungen bei den MTS (643) und in den Sowchosen (203) würden die Bauern durch Zwangsmaßnahmen für die neue Wirtschaftsform erziehen. Diese Abteilungen wurden mit 3 000 Parteifunktionären besetzt. Zur Unterstützung der durch die Hungersnot geschwächten und dezimierten Bauernschaft bei der Bodenbearbeitung und Einbringung der Ernte wurden wochenlang Städter jeden Berufs eingesetzt.<sup>60</sup> „Keine noch so geringe Hilfsaktion wurde im Lande unternommen; erbarmungslos und unterschiedslos hieß es, daß wer arbeite, auch zu essen bekomme, nur die Faulen müßten hungern.“

Der Jahresbericht besagt, daß in der Ukraine zu diesem Zeitpunkt 24 600 Kolchosen mit 85 Prozent der gesamten Ackerfläche und 70 Prozent aller Wirtschaften bestanden. Nach einer „vertraulich mitgeteilten amtlichen Feststellung“ habe die Hungersnot in der Ukraine unter der Bauernschaft sieben Millionen Todesopfer gefordert. Generalkonsul Walther fügte hinzu, daß diese Zahl nicht zu hoch geschätzt sein dürfte. Das bedeute, daß eine Viertel der Bauernbevölkerung vernichtet worden sei. Die Überlebenden seien zum Teil zu ausgehungert und geschwächt, um die harte Arbeit bewältigen zu können. In der Landbevölkerung herrsche die Überzeugung, daß die Sowjetmacht die Hungersnot „zwar nicht absichtlich herbeigeführt, aber doch bewußt als Mittel für die Durchführung ihrer Pläne benutzt hat, um die Widerstände gegen das System und die Abneigung gegen die kollektivistischen Arbeitsmethoden zu brechen“. Amtlich wurde die Hungersnot geleugnet, selbst den am meisten bedrohten Rayons wurde nicht geholfen. Die Hilfeleistung des Auslands wurde als unnötig bezeichnet oder widerstrebend geduldet.<sup>61</sup>

Das Konsulat Odessa beschrieb am 6. Dezember 1933 in seinem Jahresbericht das traurige Schicksal der „Kulaken“, diese „wirtschaftlich und kulturell wertvollsten Elemente der deutschen Dörfer im Amtsbezirk dieses Konsulats“: Soweit sie nicht gestorben, verschickt oder im Gefängnis seien, fristeten sie ein kümmerliches Dasein als Tagelöhner oder Arbeiter, vielfach ohne festen Wohnsitz, als „Paßlose“ bald hier, bald da kurzfristigen Verdienst suchend. Auch die Aktion „Brüder in Not“ werde diese Menschen nicht vor dem Untergang retten.<sup>62</sup>

Der ukrainische Teil des Amtsbezirks – die Krim gehörte zur Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR) – zähle zu den am schlimmsten von der Hungersnot des vorigen Winters betroffenen Gebieten. Diese Hungersnot sei hauptsächlich von den Behörden selbst dadurch hervorgerufen worden, daß seit Ende 1932 systematisch alle Getreidevorräte konfisziert wurden, weil das Gebiet Odessa seine Lieferverpflichtungen nicht erfüllt habe. Damit sei das platte Land tatsächlich seit der Jahreswende ohne Brot gewesen. Die Menschen seien genötigt gewesen, sich von Lebensmitteln ohne Nährwert wie Rüben oder von Lebensmittelsurrogaten wie Grassamen, Maisstengeln zu ernähren – oder eben zu sterben. Im Februar seien die ersten Nachrichten über Hungertod und Menschenfresserei eingegangen. Trotzdem hätten es die Behörden und die Partei durch brutale Gewalt und massive Kontrolle fertiggebracht, die durch Hunger entkräfte-

59 Der Rayon war die unterste Verwaltungsstufe über dem Dorfsowjet.

60 PAAA. Botschaft Moskau 348, S. 1 u. 5 f.

61 Dabei handelte es sich offenbar um Hilfssendungen des deutschen Hilfswerks „Hilfe in Not“. Vgl. Konsulat Kiew an Botschaft Moskau am 15. Januar 1934. In: PAAA. Botschaft Moskau 351, S. 7.

62 PAAA. Botschaft Moskau 349. Jahresberichte des Deutschen Konsulats in Odessa. 12.30 bis 12.34, S. 1 u. 6.

ten Menschen zur Feldarbeit bis zur Ernte zu zwingen. „Wer zu den Feldarbeiten nicht antrat, blieb eben ohne die kärgliche, hierfür gewährte Lebensmittelration, und die Menschen schleppten sich auf das Feld, bisweilen, um dort vor Erschöpfung zu sterben. Aber die Feldarbeit wurde geschafft. [...]“ Von der wegen der günstigen Witterung erzielten Rekordernte sei ein großer Teil verlorengegangen. In manchen Fällen sei nicht alles gemäht worden, viel Gemähtes sei auf dem Feld liegengelassen, zu früh gemähtes oder unsachgemäß gelagertes Getreide sei verdorben. In seinem Bericht schilderte das Konsulat Odessa nicht das Schicksal von Einzelbauern, sondern von Kolchosbauern, denn in diesem Teil des Amtsbezirks waren 90 Prozent der Landwirtschaft kollektiviert.<sup>63</sup>

Am 16. März 1933 berichtete das Generalkonsulat Charkow der Botschaft Moskau von der Erschießung von 35 Funktionären, hauptsächlich des ukrainischen Landwirtschaftskommissariats und des Staatsgüterkommissariats. Diese strenge Bestrafung sei damit begründet worden, daß ukrainische Parteikreise mit der von Moskau vorgeschriebenen Politik nicht zufrieden gewesen seien und in der Getreidebeschaffung und Kollektivierung eine mehr den ukrainischen Interessen entsprechende Regelung gewünscht hätten.<sup>64</sup>

Die unbefriedigenden Ergebnisse der vorjährigen Getreidekampagne und die wachsende Mißstimmung der notleidenden Bevölkerung beunruhigten die Moskauer Führung, die für die Krise „ungenügende bolschewistische Wachsamkeit“ der ukrainischen Parteiorganisation verantwortlich machte. Zur Stärkung des Parteiapparats und um die Ukraine fest in der Moskauer Generallinie zu halten, wurde der Sekretär des ZK der KPdSU(B) Postyschew als Zweiter Sekretär des ZK der KPU(B) und Erster Sekretär des Charkower Gebietskomitees nach Charkow entsandt. Neben dem immer mehr in den Hintergrund tretenden Ersten Sekretär Kossior entfalte er eine sehr rege Tätigkeit, um im Sinne der Moskauer Parteizentrale „mit eisernem Besen in Stadt und Land Ordnung zu schaffen“.<sup>65</sup> Wie die Botschaft Moskau am 23. Juni 1933 dem AA berichtete, bezeichnete Postyschew auf dem Plenum des ukrainischen ZK am 10. Juni die katastrophale Lage der ukrainischen Landwirtschaft im Vorjahr als „ein Jahr der Schande für die ukrainischen Bolschewisten“. Er führte das auf den Mangel an „bolschewistischer Wachsamkeit gegenüber den Umtrieben sowjetfeindlicher Elemente“ zurück. Seine Ausführungen gipfelten in der Feststellung, daß sich die leitenden ukrainischen Kommunisten von Schädlingen und Konterrevolutionären „einwickeln und an der Nase herumführen ließen“. Maßnahmen einzelner Parteiorgane, die Getreide zurückgehalten hätten, um die Ernährungslage der Bevölkerung zu verbessern, nannte er eine unzulässige „Rührseligkeit“, die nicht geeignet sei, den Interessen des Staates zu dienen.<sup>66</sup>

Das Konsulat Kiew hielt am 15. Januar 1934 in seinem Jahresbericht fest, daß in den letzten Wochen im Amtsbezirk eine deutliche Verschärfung der Propaganda gegen das bisher nur widerwillig geduldete, aber immerhin in seiner Arbeit nicht wesentlich behinderte Hilfswerk „Brüder in Not“ festzustellen sei. Die Hungersnot habe in den drei Gebieten Kiew, Tschernigow und Winnitza mit rund zwölf Millionen Einwohnern nach vorsichtiger Schätzung etwa 2,5 Millionen Menschen das Leben gekostet. In den Städten seien zu Zehntausenden die Arbeiter und die übrige Bevölkerung ohne Rücksicht auf Berufspflicht und Eignung genötigt worden, sich „freiwillig“ an den Erntearbeiten zu beteiligen. Sie seien von den Bauern mit Mißtrauen und Ablehnung empfangen wor-

63 Ebd., S. 13 ff.

64 PAAA. R 84260. Akten betreffend Innere Politik, Parlaments- und Parteiwesen in der Ukraine. Mai 1930 bis Dezember 1933. Bd. 6, S. 1 f.

65 PAAA. Botschaft Moskau 348, S. 14 u. 19 f.

66 PAAA. R 84260, S. 1 u. 3.

den und hätten ihre harte Arbeit unter schlechten Unterkunfts- und Verpflegungsbedingungen verrichten müssen. Eine Weigerung habe den Verlust der Arbeitsstelle bzw. die Versagung des Passes und damit die Aussiedlung zur Folge gehabt.<sup>67</sup>

Die Abriegelung der Städte gegen den Zustrom von hungernden und sterbenden Bauern und Kindern sei erfolglos gewesen. Konsul Hencke berichtet sogar von Anschlägen der Bauern auf das Leben von Sowjetfunktionären. Selbst in Kiew seien in den letzten Wochen zwei GPU-Beamte in der Nacht aus dem Hinterhalt von unbekanntem Tätern erschossen worden. Zahlreiche Beamte<sup>68</sup> seien wegen „dienstlicher Verfehlungen oder opportunistischen Verhaltens“ von ihrem Posten entfernt und zum Teil verhaftet worden, allein 130 Vorsitzende von Rayonexekutivkomitees. In der Partei fielen 120 von 200 Sekretären von Rayon-Parteikomitees und 130 Vorsitzende von Rayon-Kontrollkommissionen der „Säuberung“ zum Opfer. Den abnehmenden Enthusiasmus junger Kommunisten illustrieren folgende Zahlen: Die Zahl der Mitglieder des Komsomol sei im Konsulatsbezirk Kiew von 9 600 im Jahre 1928 auf 2 600 im Jahre 1933 zurückgegangen.

Über die Stimmung in der Bevölkerung merkt der Konsul an, daß die Ansicht weit verbreitet sei, daß die Sowjetregierung die Ausbreitung der Hungersnot gefördert habe, um die Ukrainer auf die Knie zu zwingen. Von einzelnen Kommunisten sei häufig die zynische Bemerkung zu hören: „Die Hungernden fürchten wir nicht, die Satten sind uns gefährlich!“ Die Hungersnot habe im Jahre 1933 die Ausbreitung von Flecktyphusepidemien zur Folge gehabt. Täglich würden 100 Erkrankungen gemeldet, zwanzig Prozent der Erkrankten seien gestorben.<sup>69</sup>

Am 3. Juli 1934 legte das Konsulat Kiew der Botschaft Moskau eine „Vertrauliche Aufzeichnung“ vor. Es handelte sich um den Inhalt eines Berichts, den ein Sowjetbeamter über eine Dienstreise in den Rayon Talnoje (im Süden des Kiewer Gebiets) an seine vorgesetzte Dienststelle und das Parteikomitee erstattet hat. Zweck dieser Dienstreise war die Kontrolle von Verkaufsstellen der ländlichen Konsumgenossenschaft in den Dörfern des Rayons. Von dem Gesamtumsatz der örtlichen Verkaufsstellen entfielen 25 Prozent auf Wodka und acht Prozent auf andere alkoholische Waren. Brauchbare Stoffe, Kleidung, Wäsche, Stiefel und dergleichen seien in den seltensten Fällen zu finden gewesen. Träfe einmal eine derartige Sendung ein, so erfolge der Verkauf an die Bauern in allen Fällen erst, nachdem die örtlichen Spitzen (Dorfsowjet, Leitung der Kolchose, Leiter der Verkaufsstelle usw.) das Beste für sich genommen hätten. Die Bauern selbst erhielten Waren nur unter der Bedingung, daß sie gleichzeitig zu festen Preisen<sup>70</sup> bei der Verkaufsstelle landwirtschaftliche Produkte (Eier, Butter, Korn, Mehl usw.) ablieferten. Abgesehen von alkoholischen Getränken beständen die Lager in der Hauptsache aus Parfüms, Puder und anderen Damenartikeln, für die die Dorfbewohner keinerlei Verwendung hätten. In dem Bericht wird es als normal bezeichnet, daß jährlich ein- bis zweimal die Leiter der Verkaufsstellen ihrer Posten enthoben werden, weil sie Waren im Wert von zwei- bis dreitausend Rubeln (bei einem Gesamtlagerbestand von 7 000 bis 8 000 Rubel) unterschlagen hätten. Eine gerichtliche Verfolgung der Schuldigen trete nur in besonders schwerwiegenden Fällen ein. Diese Milde erkläre sich daraus, daß die Leiter der Verkaufsstellen in der Regel nicht nur auf eigene Rechnung unterschlugen,

67 PAAA. Botschaft Moskau 351, S. 7, S. 11 ff.

68 Wenn in den Berichten der deutschen Diplomaten von Beamten die Rede ist, handelte es sich um Funktionsträger der GPU und der Sowjetorgane.

69 PAAA. Botschaft Moskau 351, S. 14 ff. u. 24.

70 Also nicht zu den erhöhten Preisen auf den Kolchosmärkten.

sondern ihre Gewinne mit den Mitgliedern des Dorfsowjets und den Vorsitzenden der Kolchosen teilten.

Die Ernährungslage sei sehr ernst, heißt es in diesem Bericht weiter. Die Mehrzahl der Bauern, und zwar besonders auf den Kolchosen, habe kein normales Brot mehr, man ernähre sich von Surrogaten. Trotz dieser traurigen wirtschaftlichen Lage sei der Alkoholverbrauch sehr groß. Vom frühen Morgen an sehe man viele Betrunkene. Prozentual stelle hierbei die Klasse der Beamten und Angestellten den Hauptteil. Der Berichterstatter schildert, daß er auf große Verwunderung gestoßen sei, als er es ablehnte, um zwölf Uhr mittags gemeinsam mit den Mitgliedern eines Dorfsowjets, bei denen er zu Gast war, Wodka aus Wassergläsern zu trinken.

Was die Stimmungslage der Bauern angeht, ist folgende Beobachtung aufschlußreich: Sie hätten nicht nur keinerlei Interesse am wirtschaftlichen Gedeihen der Kolchose gezeigt, sondern im Gegenteil mit Schadenfreude auf alle Mißstände reagiert. Den Hinweis darauf, daß sie schließlich selbst die Leitragenden sein würden, hätten sie mit der Feststellung beantwortet, es sei gleichgültig, ob sie etwas früher oder erst später verhungern würden. Die Arbeitsdisziplin sei schlecht. Vor halb neun Uhr sehe man nur vereinzelt Kolchosbauern auf den Feldern. Die folgenden Beobachtungen belegen, daß die Situation der noch vorhandenen Einzelbauern in den verschiedenen Regionen unterschiedlich war. Der Berichterstatter stellte fest, daß die Einzelbauern nicht in die Kolchose eintreten wollten, weil es ihnen immer noch besser gehe als den Kolchosbauern.<sup>71</sup>

Am 30. Oktober 1933 unterschrieb Botschafter Dirksen seinen Politischen Bericht „Sowjetunion im Jahre 1933“, es war sein letzter vor dem Amtsantritt seines Nachfolgers Nadolny. Er schrieb, daß das Wirtschaftsjahr 1933 seinen Stempel von der Hungersnot aufgedrückt bekommen habe, „die – das Hungerjahr 1921/22 übertreffend – vielleicht soviel Menschenopfer von dem verkleinerten Gebiet Sowjetrußlands fordern wird wie der gesamte Weltkrieg“. Die vorsichtigen Schätzungen sachverständiger Beurteiler bewegten sich zwischen drei und zehn Millionen Toten. Abgesehen von der „warmherzigen Hilfsaktion in Deutschland“ habe sich diese Tragödie vor einer Weltöffentlichkeit abgespielt, die den Tatbestand kannte, aber ihn nicht sehen *wollte*. Im Januar und Februar seien die Getreidevorräte erschöpft gewesen, ein großer Teil der 130 Millionen Menschen auf dem Land habe seitdem von Gras und Kräutern gelebt. Die Schwachen und Kranken seien Hungers gestorben.<sup>72</sup>

Die Hungerkatastrophe des Jahres 1933 habe sich von der des Jahres 1921 nicht nur dadurch unterschieden, daß sie durch Mißwirtschaft und „Theoretisieren“ der Behörden heraufbeschworen worden sei und nicht durch Bürgerkrieg und Intervention wie 1921, sondern dadurch, daß die Sowjetregierung<sup>73</sup> sie zu einer Kraftprobe im Kampf gegen das widerspenstige Bauerntum ausgestaltet habe. Die Regierung habe keinen Wert darauf gelegt, den Hungernden zu helfen<sup>74</sup>. Es habe keine Erleichterungen gegeben, sondern es wurde die Parole ausgegeben: Es existiert keine Hungersnot in der Sowjetunion. Die

71 PAAA. Botschaft Moskau 80. Politische und wirtschaftliche Berichte des Konsulats Kiew. Oktober 1933–Mai 1936, S. 1 ff.

72 PAAA. Botschaft Moskau 353, S. 9 f.

73 Wenn in diesem Bericht immer wieder von der *Regierung* die Rede ist, müßte es richtigerweise *Parteiführung* heißen, welche die Richtlinien der Politik bestimmte und Entscheidungen selbst traf. Die Regierung hat diese lediglich vollzogen.

74 Darin unterschied sie sich von der Sowjetregierung in den Jahren 1921/22, die eine massive Hilfe aus dem Ausland zuließ. Aus den USA sind damals rund 700 000 Tonnen Lebensmittel nach Rußland geleitet und verteilt worden. Vgl. Rauch, Georg von: Geschichte des bolschewistischen Rußland. Wiesbaden 1955, S. 180.



Landbevölkerung wurde vor die Wahl gestellt: Arbeite oder stirb Hungers. Der innere Widerstand der Bauern gegen die agrarpolitischen Maßnahmen der Regierung wurde gebrochen. Die schwächeren, widerwilligeren, apathischen Menschen sei verhungert, die aufsässigen, die Dirksen nur im Nordkaukasus ausmachen konnte, seien deportiert worden. Der Rest habe seine schwachen Kräfte zusammengerafft und aktiv an der Frühjahrsbestellung und der Einbringung der Ernte mitgearbeitet. Das auf den ersten Blick widersinnig erscheinende Resultat sei gewesen, daß die Felder im Jahre 1933 im wesentlichen von Unkraut gereinigt und sorgfältig bestellt worden seien. Dank einer ungewöhnlich günstigen Witterung sei eine Ernte gereift und im wesentlichen eingebracht worden, die als *Mittelernte* bezeichnet werden könne. Die städtische Bevölkerung in den „Hauptindustriestädten“ erhalte lediglich ein Existenzminimum, das ihre Arbeitsfähigkeit stark beeinträchtige. Die „unwichtigeren Städte“ – bis zur Größenordnung einer Stadt wie Kiew – seien „in die allgemeine Hungersnot einbezogen“ worden.

Für Dirksen gehörte es zu den „Unbegreiflichkeiten dieses Landes“, daß die Hungersnot keine Rückwirkungen auf das allgemeine Gefüge des Staates hatte. „Durch Regierungsmaßnahmen ist der Tod von einigen Millionen Menschen herbeigeführt worden, ohne daß das Staatsgefüge erschüttert, ohne daß auch nur Spaltungserscheinungen der Partei festzustellen sind.“ Nicht einmal Rückwirkungen in der Stimmung der Roten Armee seien beobachtet worden. Die Regierung habe die *Sklavenseele* des Russen richtig eingeschätzt, die Nerven behalten und die Bauern auf die Knie gezwungen. Wenn sie der Bevölkerung im laufenden Jahr genügend Brot gebe, werde sie eine „aufatmende, fast dankbare Bevölkerung“ hinter sich haben. Die rücksichtslos angewandten psychologischen Druckmittel des Politbüros und Stalins hätten sich als ausreichend erwiesen: Widerspenstige Parteigenossen seien durch die Geißel der *Tschistka* (Parteisäuberung) in Schach gehalten worden, widerstrebende andere Elemente durch das Druckmittel der *Passportisatia* (Paßausstellung), deren Verweigerung Aussiedlung aus dem *Dorado* der Großstädte auf das hungernde Land bedeutete. Immer noch reiche die Macht des Parteiapparats aus, um von den Parteimitgliedern Höchstleistungen zu erzwingen.<sup>75</sup>

### *Die Entukrainisierung*

Im Jahresbericht 1933 vom 11. Dezember 1933 schreibt das Generalkonsulat Charkow, daß als besonders wichtige Aufgabe der Partei die Bekämpfung der ukrainischen nationalistischen Selbständigkeitsbestrebungen angesehen werde. Unter Berufung auf die verfassungsmäßigen Rechte der Ukraine, ihre eigene Sprache und Kultur zu pflegen, habe unter dem früheren Volksbildungskommissar Skrypnik die ukrainische Sprache immer mehr an Verbreitung gewonnen, insbesondere als Amtssprache und in den Schulen, der Presse und Kunst. Die Moskauer und Charkower Parteileitungen glaubten Anlaß zu der Befürchtung zu haben, daß diese *Ukrainisierung* sich nicht allein auf das kulturelle Gebiet beschränke, sondern auch Bestrebungen nach größerer Selbstverwaltung oder gar Loslösung von der Sowjetunion Vorschub leiste. Nach einem Kesseltreiben gegen den um die Kommunistische Partei hochverdienten Skrypnik, der schließlich Selbstmord verübte, wurde der bisherige Kurs der Ukrainisierung mit der Begründung geändert, durch die Verbreitung der ukrainischen Sprache sei die russische Sprache als Sprache einer nationalen Minderheit in der Ukraine ungebührlich zurückgedrängt worden. Die russische Sprache gewinne wieder an Boden, und bei der diesjährigen Revolutionsfeier hätten der Vorsitzende des Charkower Stadtsowjets und der Vorsitzende des Allukrainischen Zen-

75 PAAA. Botschaft Moskau 353, S. 10 ff. u. 16 ff.

tralexekutivkomitees<sup>76</sup> ihre Reden in russischer Sprache gehalten.<sup>77</sup> An der neugegründeten Universität Kiew wurden die Vorlesungen zum größten Teil in russischer Sprache gehalten, nur vereinzelt in ukrainischer Sprache.<sup>78</sup>

Auf der Novembertagung des ZK der Kommunistischen Partei der Ukraine (KPU[B]) wurde in den Reden des Ersten Sekretärs Kossior und des Zweiten Sekretärs Postyschew behauptet, daß hinter der Ukrainisierung auf sprachlichem Gebiet weitergehende Loslösungsbestrebungen gestanden hätten. Das weitere Ziel der ukrainischen Nationalisten soll die Loslösung der Ukraine mit deutscher und polnischer Hilfe gewesen sein, und es soll bereits eine vollständige Mitgliederliste der Regierung einer selbständigen Ukraine vorgelegen haben. Diese Beschuldigungen seien Hand in Hand mit massiven „Säuberungen“ gegangen. Sämtliche Posten des ukrainischen Volksbildungskommissariats seien mit zuverlässigen Anhängern Moskaus besetzt worden, die eine scharfe *Entukrainisierungs-* und Russifizierungspolitik betrieben hätten. Nach Postyschews Angaben wurden im Laufe des Jahres allein über 2 000 Personen im Bereich des Volksbildungskommissariats, über 300 Wissenschaftler und Schriftleiter, ja sogar 1 000 Funktionäre in den Kolchosen und Getreideaufbringungsstellen und über 200 Staatsangestellte in acht Zentralbehörden als „nationalistische weißgardistische Elemente“ ihres Postens enthoben. Die „Säuberung“ der Partei soll Mitte Dezember beendet worden sein. 27 500 Mitglieder<sup>79</sup> seien ausgeschlossen worden. In der Entschließung des Novemberplenums des ZK hätten sich die haltlosen Beschuldigungen überschlagen. So sei behauptet worden, daß sich der ukrainische Nationalismus mit der imperialistischen Intervention „zusammenschließe“ und „von der gesamten Gegenrevolution, auch von den Trotzlisten“, unterstützt werde. Diese Kampagnen gingen Hand in Hand mit der Aushöhlung der Zuständigkeiten der ukrainischen Organe. Die meisten und wichtigsten Volkskommissariate seien nacheinander in Verwaltungen der Bevollmächtigten der Unionskommissariate umgewandelt worden. Die maßgeblichen Verwaltungsposten würden von Moskau aus oder in dessen Einverständnis besetzt, das, wie es im Jahresbericht des Generalkonsulats Charkow vom 11. Dezember 1933 hieß, „alle Kommandohöhen in der Hand hat“.<sup>80</sup>

Generalkonsul Walther kommentiert diese Vorgänge mit der Feststellung, daß im Volk kaum ein ausgeprägter ukrainischer Nationalismus oder gar eine die Loslösung aus nationaler Überzeugung ernsthaft verfolgende Bewegung zu erkennen sei. Allerdings gebe es nicht zuletzt nach der Hungersnot eine allgemeine, besonders im Bauerntum und in den gebildeten Bürgerkreisen tief verwurzelte antikommunistische Stimmung.<sup>81</sup>

In seinem Politischen Jahresbericht 1934 berichtete der Generalkonsul der Botschaft Moskau, daß im Gegensatz zu anderen Sowjetrepubliken mit eigener Sprache und Kultur die Sowjetmacht in der Ukraine jede nationale Regung wegen der Größe dieses Landes und Volkes, seiner Bodenschätze und der Bedeutung der ukrainischen Landwirtschaft für gefährlich halte.<sup>82</sup>

76 Das Allukrainische Zentralexekutivkomitee (ZEK) hatte wie das Allunions-ZEK in der Zeit zwischen den Sowjetkongressen die Zuständigkeit für die Gesetzgebung.

77 PAAA. Botschaft Moskau 348, S. 21 f.

78 PAAA. Botschaft Moskau 351, S. 22.

79 Die Kommunistische Partei der Ukraine (Bolschewiki) hatte 1932 500 000 Mitglieder.

80 PAAA. Botschaft Moskau 348, S. 21 ff., 25 ff. u. 29.

81 Ebd., S. 30.

82 Ebd., S. 15 f. u. 18.

\* \* \*

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß der in diesem Aufsatz beschriebene Völkermord bei den Zeitgenossen nicht die Beachtung gefunden hat, die er verdient hätte. Die Partei- und Staatsführung der Sowjetunion hat ihn aus naheliegenden Gründen abgestritten<sup>83</sup> und selbst im Ausland eine ausführliche Berichterstattung zu unterdrücken gewußt. Deutsche Diplomaten in Moskau haben ihre erschütternden Berichte als „Geheim! Nicht zur Veröffentlichung“ klassifiziert.<sup>84</sup>

Die Sowjets betrieben eine großangelegte Desinformation. Als der französische Politiker Edouard Herriot, Führer der Radikalsozialisten und zweimaliger Ministerpräsident, im August und September 1933 die Sowjetunion besuchte, verbrachte er fünf Tage in der Ukraine. Dort wurden ihm Potemkinsche Dörfer in großem Umfang vorgeführt, mit sauberen Straßen, mit Lebensmitteln gefüllten Ladenfenstern, renovierten Kolchosgebäuden und Hotels, Requisiten eines Regionaltheaters. Der berühmte britische Schriftsteller George Bernard Shaw hielt 1932 fest: „Ich habe nicht eine einzige unterernährte Person in Rußland gesehen, weder jung noch alt.“ Und er machte dem Regime das Kompliment, daß es „in der UdSSR, anders als in Großbritannien, Religionsfreiheit gibt“.<sup>85</sup>

Die deutschen Diplomaten<sup>86</sup> in Moskau, Charkow, Kiew und Odessa haben ebenso wie die Diplomaten der anderen Generalkonsulate und Konsulate in der übrigen Sowjetunion die ihnen zugänglichen Informationen in eindrucksvollen Berichten ausgewertet. Sie haben sich nicht auf die Presse beschränkt<sup>87</sup>, sondern sich in Stadt und Land umgesehen, so gut das in diesem Überwachungsstaat nur ging, und Kontakte zu sowjetischen Funktionären gepflegt. Allerdings gibt es eine wichtige Beobachtung, die in den von mir durchgesehenen Akten fehlt, die sich aber möglicherweise in der verlorengegangenen Akte „Botschaft Moskau. Innenpolitische Verhältnisse in der UdSSR. Band 6“ befand: Die ukrainischen Bauern wurden von den Grenztruppen am Betreten der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFS), in der es keine Hungersnot gab, gehindert. Wenn sie trotzdem in diese Sowjetrepublik gelangten und dort ein paar Laibe Brot erwarben, wurden diese bei ihrer Rückkehr beschlagnahmt und der Eigentümer oftmals verhaftet.<sup>88</sup> Das ging auf eine Direktive vom 22. Januar 1933 mit der Unterschrift von Stalin und Molotow an die Partei- und Staatsorgane sowie an die Vereinigte staatliche politische Verwaltung (OGPU) zurück, die Ukraine und die Region Nordkaukasus, die zur RSFSR gehörte, aber einen hohen Anteil an Ukrainern hatte<sup>89</sup>, abzuriegeln. Den Bauern wurde verboten, die Ukraine und den Nordkaukasus zu verlassen oder dorthin zu reisen, beide Territorien wurden auch gegeneinander abgeriegelt. Die OGPU-Organe erhielten den Befehl, umgehend die Bauern aus der Ukraine und dem Nordkaukasus, die nach Norden eingedrungen sind, zu verhaften und, nachdem die „konterrevolutionären Elemente“ ausgesondert wurden, die übrigen an ihre Wohnorte zurückzuschaffen.<sup>90</sup>

83 Das trifft auch für das heutige Rußland zu.

84 Bericht des Landwirtschaftlichen Sachverständigen der Botschaft Moskau, Schiller, an das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft vom 19. September 1933. In: PAAA. R 31961, S. 161.

85 Conquest: Ernte des Todes, S. 282 ff.

86 Die Unterscheidung zwischen Angehörigen des diplomatischen und des konsularischen Dienstes wird hier nicht getroffen.

87 Allerdings haben sie die Berichte über Parteitage, Parteikonferenzen und ZK-Sitzungen der KPdSU(B), der KPU(B) und über Sitzungen der Organe der Gebiete sorgfältig ausgewertet.

88 Conquest: Ernte des Todes, S. 289 f.

89 27 Millionen Ukrainer lebten in der Ukrainischen SSR, acht Millionen in der RSFSR.

90 Simon: Holodomor als Waffe, S. 49 f.

Eine andere menschenverachtende Maßnahme war der von Molotow diktierte Beschluß des Politbüros der KPU(B) vom 18. November 1932<sup>91</sup>, alle Dörfer, deren Kolchosen den Plan nicht erfüllt hatten, auf „Schwarze Listen“ zu setzen. Das bedeutete die sofortige Einstellung des kooperativen und staatlichen Handels und das Fortschaffen aller vorhandenen Waren aus den Koop-Läden dieser Dörfer, über die eine vollständige Blockade verhängt worden war.<sup>92</sup>

Gelegentlich haben die in der Sowjetunion tätigen deutschen Diplomaten die sowjetischen Planungen für die zweite Fünfjahrperiode (1933–1937), die das Land in technischer Beziehung auf den ersten Platz in Europa bringen sollte, unkritisch referiert. Wer den Niedergang der Sowjetunion („Obervolta mit Raketen“<sup>93</sup>) erlebt hat, sollte das mit Milde beurteilen, denn der nachhaltige Blick in die Zukunft war damals und ist heute jedem verwehrt.

Das Ukrainische Parlament hat am 28. November 2006 mit einer Mehrheit aus den Fraktionen „Block Julija Tymoschenko“, „Bündnis unsere Ukraine“ und der Sozialistischen Partei, den Holodomor als Genozid am ukrainischen Volk eingestuft.<sup>94</sup> In der Folgezeit sind diesem Beispiel zwanzig Staaten gefolgt, darunter Argentinien, Australien, Brasilien, Italien, Kanada, Polen, Spanien, die USA und der Vatikan. Das Europäische Parlament erkannte am 23. Oktober 2008 in einer Resolution den Holodomor als Verbrechen gegen die Menschlichkeit an.<sup>95</sup> Rußland weist die Bezeichnung „Genozid“ für den Holodomor zurück. Präsident Medwedew lehnte eine Einladung zu einer Gedenkveranstaltung in Kiew im November 2008 ab, da sie dazu diene, das „ukrainische Volk dem russischen zu entfremden“. Der neugewählte ukrainische Präsident Janukowitsch sprach sich im April 2010 vor der Parlamentarischen Versammlung des Europarats gegen die Definition als Genozid aus. Daraufhin lehnte die Versammlung die von der ukrainischen Opposition gewünschte Bezeichnung ab.

---

91 Der Vorsitzende des Rats der Volkskommissare der UdSSR, Politbüromitglied Molotow, war Leiter der von Stalin am 22. Oktober 1932 eingesetzten außerordentlichen Getreidebeschaffungskommission in der Ukraine. Vgl. Kul'cyc'kyj, Stanislav: Terror als Methode. Der Hungergenozid in der Ukraine 1933. In: Osteuropa 54. Jahrgang. Heft 12. Dezember 2004, S. 61.

92 Simon: Holodomor als Waffe, S. 49.

93 Frankenfeld, Thomas: Rußlands Militär: Von den USA Welten entfernt: „Als eine Art ‚Obervolta mit Raketen‘ hat der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt die Sowjetunion einmal bezeichnet [...]“. In: *Hamburger Abendblatt* v. 28. 10. 2010.

94 Ukraine: Hungersnot 1932/33 war Genozid. In: DW-Radio/Russisch, 28. 11. 2006, Fokus Ost-Südost.

95 Artikel „Holodmor“. In: Wikipedia, Die freie Enzyklopädie. Bearbeitungsstand: 21. November 2010: <<http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Holodomor&oldid=81787170>> (zuletzt eingesehen am: 24. November 2010).